

Stenographisches Protokoll

27. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XVI. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 14. Dezember 1983

Inhalt

Personalien

Krankmeldungen (S. 2274)
Ordnungsruf (S. 2290)

Geschäftsbehandlung

Antrag des Abgeordneten Dr. Mock im Sinne des § 18 Abs. 3 der Geschäftsordnung, die Anwesenheit des Bundeskanzlers während des Aufrufes der an den Bundesminister für Justiz gerichteten mündlichen Anfragen zu verlangen (S. 2274)

Durchführung einer Debatte gemäß § 59 Abs. 3 der Geschäftsordnung (S. 2274)

Redner:

Dr. Graff (S. 2274),
Dr. Gradischnik (S. 2275) und
Mag. Kabas (S. 2275)

Ablehnung des Antrages des Abgeordneten Dr. Mock (S. 2275)

Antrag der Abgeordneten Mag. Kabas, Dr. Paulitsch, Dr. Gradischnik und Genossen, dem Justizausschuß zur Berichterstattung über die Regierungsvorlage betreffend Sozialgerichtsgesetz (7 d.B.) gemäß § 43 der Geschäftsordnung eine Frist bis 1. Oktober 1984 zu setzen (S. 2292)

Annahme des Fristsetzungsantrages (S. 2292)

Fragestunde (16.)

Handel, Gewerbe und Industrie (S. 2276)

Resch (122/M); Koppensteiner, Grabher-Meyer
Grabher-Meyer (120/M); Dr. Jankowitsch,
Ingrid Tichy-Schreder, Eigruber

Westreicher (119/M); Haigermoser, Weinberger, Landgraf

Kuba (123/M); Dkfm. Löffler, Mag. Ortner, Rechberger

Justiz (S. 2288)

Dr. Graff (135/M); Mag. Kabas, Dr. Rieder, Steinbauer

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 2292)

Anfragen der Abgeordneten

Dr. Stippel und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend Bau des Bundesoberstufenrealgymnasiums Wr. Neustadt (368/J)

Anfragebeantwortung

des Bundeskanzlers auf die Anfrage der Abgeordneten Hietl und Genossen (256/AB zu 245/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzender: Präsident Benya.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Amtliche Protokoll der 25. Sitzung vom 12. Dezember 1983 ist in der Parlamentsdirektion aufgelegt und unbeanstandet geblieben.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Frodl und Kottek.

Antrag betreffend Anwesenheit des Bundeskanzlers [§ 18 (3) GOG]

Präsident: Der Abgeordnete Dr. Mock hat den Antrag zur Geschäftsbehandlung gestellt, der Nationalrat wolle im Sinne des § 18 Abs. 3 der Geschäftsordnung die Anwesenheit des Bundeskanzlers während des Aufrufes der an den Bundesminister für Justiz gerichteten mündlichen Anfragen verlangen.

Gemäß § 59 Abs. 3 der Geschäftsordnung kann der Nationalrat auf Vorschlag des Präsidenten oder auf Antrag eines Abgeordneten beschließen, daß über einen solchen Geschäftsbehandlungsantrag eine Debatte stattfindet.

Es ist vorgeschlagen, über den Antrag des Abgeordneten Dr. Mock, die Anwesenheit des Bundeskanzlers zu verlangen, eine Debatte zu eröffnen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die für den Antrag auf Debatte stimmen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Wir gehen in die Debatte ein.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Graff.

9.02

Abgeordneter Dr. **Graff** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Die Österreichische Volkspartei hat beantragt, daß der Herr Bundeskanzler in der Fragestunde bei der Befragung des Bundesministers für Justiz anwesend sein möge.

Es ist uns die Nachricht zugekommen, daß der Herr Bundeskanzler nicht beabsichtigt, an dieser Fragestunde teilzunehmen, nicht

beabsichtigt, sich zu informieren über ein Thema, das wir für äußerst schwerwiegend halten — nicht nur wir, sondern auch der frühere Parteivorsitzende und jetzige Ehrenvorsitzende der SPÖ, Dr. Bruno Kreisky, der als Bundeskanzler am 26. Jänner 1977 in diesem Hohen Haus erklärt hat:

„Was meiner Meinung nach ein Regierungsmitglied unter gar keinen Umständen tun darf, das ist, dem Parlament gegenüber unwahre Angaben zu machen.“ (*Beifall bei der ÖVP.*) „Da ist gar nichts zu ironisieren.“ Sagte Kreisky. „... gar nichts zu ironisieren. Das ist für mich das absolute Gebot.“ So Kreisky. „Es kann jemand da oder dort etwas sagen, was nicht stimmt, das ist dann die persönliche Sache. ... das ist dann seine persönliche Sache und die Sache desjenigen, der hier angelogen wurde, aber vor dem Parlament kann kein Mitglied einer Regierung die Unwahrheit sagen, jedenfalls nicht wesentlich. Er ist hiefür qualifiziert verantwortlich. Das ist eine ernste, sehr ernste Sache. Und ich“ — so weiter Kreisky — „sage daher noch einmal: Wenn in diesem Zusammenhang das geschehen sollte, dann müssen daraus sofort die Konsequenzen gezogen werden.“

Meine Damen und Herren! Wir treten den Beweis an, daß der Bundesminister für Justiz dem Parlament die Unwahrheit gesagt hat zur Vertuschung des politischen Mißbrauches der Justiz. Man sollte meinen, daß das ein Thema ist, das wichtig genug ist, daß ihm der Bundeskanzler seine Aufmerksamkeit schenkt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Der Herr Bundeskanzler scheint sich aber zum Vorbild jene drei berühmten siamesischen Affen genommen zu haben, nach dem Motto: Nichts sehen, nichts hören, nichts reden! (*Heftiger Widerspruch bei der SPÖ.*)

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, wenn ein Minister dem Parlament die Unwahrheit sagt. Ein Regierungschef kann in einem solchen Fall zwei Dinge tun: Er kann den Minister feuern — das verlangen wir —, aber er kann sich auch herstellen und den Minister zumindest verteidigen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Sinowatz tut keines. Er drückt sich um das Problem herum, er will sich an dem Problem vorbeischieben. (*Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.*) Das ist nicht Führungsqualität, sondern das ist Scheu vor der Verantwortung! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Dr. Graff

Und ich sage dem abwesenden Herrn Bundeskanzler hier in aller Deutlichkeit: Bei Philippini sehen wir uns wieder! (*Beifall bei der ÖVP.*) 9.05

Präsident: Zum Wort kommt der Abgeordnete Gradischnik.

9.06

Abgeordneter Dr. Gradischnik (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was Sie von der ÖVP unter „Fairneß“ verstehen, das haben Sie uns soeben gezeigt. Sie haben kurz vor der Sitzung unseren Klubobmann und auch den Klubobmann der Freiheitlichen Partei verständigt und diese ersucht, daß eine kurze Debatte über Ihren Antrag abgehalten werden soll. Sie wissen, daß nach der Geschäftsordnung darüber abzustimmen ist und daß es bei der Mehrheit liegt, so einen Antrag auch abzulehnen. Es sollte ein Antrag über eine Geschäftsordnungsfrage sein und nicht — wie Sie es nun umfunktioniert haben — eine Anklage gegen ein Regierungsmitglied, eine Anklage gegen jemanden, der sich hier nicht verantworten kann, weil sich in einer Geschäftsordnungsdebatte ein Regierungsmitglied, ein Minister, auch ein Bundeskanzler nicht zu Wort melden kann. Das ist Ihr Stil von „Fairneß“! (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Der zuständige Ressortminister ist anwesend, er wird Ihnen Rede und Antwort stehen. Nach Ende dieser beiden Fragestunden werden Sie feststellen können, daß Ihre Vorwürfe haltlos sind. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Es gibt noch immer die Ministerverantwortlichkeit, und ein Minister ist für das, was er tut und unterläßt, selbst verantwortlich. Was Sie hier wollen, ist, die Regierungsbank in eine Anklagebank umzuwandeln. Das lehnen wir ab! (*Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Graff: Er könnte es sich wenigstens anhören!*)

Im übrigen, Herr Kollege Graff, wissen Sie sehr genau — ich habe es ja gerade erwähnt —: auch wenn der Herr Bundeskanzler hier anwesend wäre, könnte er sich in der Fragestunde nicht zu Wort melden. Das ist geschäftsordnungsmäßig nicht möglich. (*Abg. Dr. Graff: Zuhören könnte er schon!*) Aus all diesen Gründen lehnen wir den gegenständlichen Antrag ab. — Danke. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) 9.08

Präsident: Nächster Redner ist der Abgeordnete Kabas.

9.08

Abgeordneter Mag. Kabas (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die ÖVP wollte heute, daß der Herr Bundeskanzler während der Fragestunde eines anderen Ministers auf der Regierungsbank Platz nimmt. Wir sehen überhaupt keine Notwendigkeit, weil es ja um die Fragestunde geht, in der der Justizminister Rede und Antwort zu stehen hat. Wir sind nicht bereit, einem derartigen Politspektakel, das die ÖVP anzetteln will, Vorschub zu leisten. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Die ÖVP stört heute die Fragestunde, weil sie nämlich Angst hat (*ironische Heiterkeit bei der ÖVP*), daß der Justizminister alles aufklären kann. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*) Das, was Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren von der ÖVP, heute aufführen, ist ein reines Ablenkungsmanöver davon, daß es in Wirklichkeit um eine ganz andere Sache geht, nämlich um die Frage Ludwig. (*Zustimmung bei FPÖ und SPÖ.*) Sie wollen davon ablenken, daß Sie übermorgen im Niederösterreichischen Landtag ein einmaliges Vorgehen in der Zweiten Republik vorhaben, nämlich jemanden, der eines gemeinen Verbrechens verdächtig ist, nicht auszuliefern. (*Zustimmung bei FPÖ und SPÖ. — Abg. Dr. Graff: Woher wissen Sie das?*) Und wenn Sie hier zehnmal unwahre Angaben machen, Herr Dr. Graff (*Abg. Dr. Graff: Wer macht unwahre Angaben?*): durch die Wiederholungen werden sie nicht richtiger. Ich sage Ihnen das. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Ich werde Ihnen noch etwas anderes sagen, ich werde Ihnen noch etwas anderes prophezeien, Herr Dr. Graff: Ihre unwahren Behauptungen werden heute als völlig haltlos zusammenbrechen, und ich bin dann neugierig, ob Sie als Generalsekretär zurücktreten werden. Da bin ich neugierig! (*Beifall bei FPÖ und SPÖ. — Heiterkeit bei der ÖVP.*) Ich würde vorschlagen: Lassen wir jetzt der Fragestunde ihren Lauf. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*) 9.10

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag des Abgeordneten Dr. Mock, die Anwesenheit des Bundeskanzlers zu verlangen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Antrag zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit und damit abgelehnt.

Fragestunde

Präsident: Wir kommen nun zur Fragestunde.

Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie

Präsident: 1. Anfrage: Abgeordneter Resch (SPÖ) an den Herrn Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie.

122/M

Welche Maßnahmen wurden bisher zur verstärkten Sicherung der Versorgung Österreichs mit mineralischen Roh- und Grundstoffen ergriffen beziehungsweise eingeleitet?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Vizekanzler Dr. **Steger:** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eine Fülle von Maßnahmen wurden ergriffen, um die verstärkte Sicherung der Versorgung Österreichs mit mineralischen Roh- und Grundstoffen zu gewährleisten.

Die Suche und Erschließung von Lagerstätten mineralischer Rohstoffe im Inland ist ein besonderes Anliegen meines Ressorts.

Zusätzlich zu dieser Aufsuchung von neuen Lagerstätten gibt es auch die Bestrebungen zur verstärkten Nutzung von Alt- und Abfallstoffen. Gerade derzeit wird über eine neue Organisationsform diskutiert, die die Wiederverwertung von Alt- und Abfallstoffen sicherstellen soll.

Die Forschung und Entwicklung neuer Verfahren ist vor allem im Zusammenwirken mit dem Wissenschaftsministerium vorangetrieben worden. Überlegungen zur Verminderung der Umweltbelastung spielen dabei eine große Rolle.

Die Sicherung der notwendigen Importe ist langfristig durch eine Fülle von Verträgen ständig weiterentwickelt worden. Etwa auch im Rahmen der gemischten Kommissionen wird immer wieder auch über diese Themen gesprochen.

Der Aufbau eines Bevorratungssystems für besonders kritische mineralische Roh- und Grundstoffe schreitet zügig voran.

Ich glaube, daß gerade im Bereich der Roh-

stoffe und der Grundstoffe ein ganz wesentlicher Beitrag dazu geleistet werden kann, daß Arbeitsplätze in einer Branche gesichert werden, die sich in den letzten Jahren sehr defensiv entwickelt hat und wo der Zukunftsoptimismus durch die Schließung einiger Bergwerke in den letzten Jahren stark gelitten hatte. Aber gerade in den letzten zwei Jahren gibt es hier einige Erfolge durch neue Aufschließungen, durch Explorationen, und ich bin zuversichtlich, daß wir dem Ziel, Arbeitsplätze auch im Knappensektor, Arbeitsplätze im Bergbaubereich zu sichern, ein gutes Stück nähergekommen sind.

Es gilt an besonderen Aktivitäten im Rahmen der wirtschaftlichen Landesverteidigung noch zu erwähnen die Adaptierung des Versorgungssicherungsgesetzes und des Schrottlenkungsgesetzes nach den jeweiligen Erfordernissen — demnächst wird das Hohe Haus wieder damit beschäftigt werden müssen — und die Befassung des Bundesversorgungssicherungsausschusses mit diesem Problem, der diese Materien umfangreich diskutiert.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter **Resch:** Herr Vizekanzler! Ich bin sehr froh, daß wir nach dieser, ich möchte sagen, sehr unsachlichen Einleitung der heutigen Fragestunde (*Zwischenrufe bei der ÖVP*) nun endlich zu sachlichen Aussagen kommen, und ich bin sehr froh, daß wir uns der sachlichen Politik und dem eigentlichen Sinn und Zweck der Fragestunde zuwenden können. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Rufe bei der ÖVP: Frage!*)

Ich darf Sie deshalb konkret fragen: Was wird in Österreich zur Verminderung der hohen Importabhängigkeit bei der Versorgung mit mineralischen Roh- und Grundstoffen getan?

Präsident: Herr Minister.

Vizekanzler Dr. **Steger:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es gibt in Österreich bei mineralischen Grundstoffen eine Importabhängigkeit von zirka zwei Drittel des Bedarfes. Es ist daher für ein Industrieland wie Österreich sehr schwierig, diese Grundversorgung sicherzustellen, und es ist auch kostenmäßig ein ganz wesentlicher Faktor, weil wir eben zwei Drittel des Grundstoffes vor der Bearbeitung importieren müssen.

Daher ist es notwendig, die Verminderung dieses Importes durch eine Erhöhung der inländischen Aufbringung an Primärrohstoffen

Vizekanzler Dr. Steger

fen aus den Lagerstätten und an Sekundärrohstoffen — das wäre Recycling — zu sichern.

Präsident: Weitere Zusatzfrage.

Abgeordneter Resch: Herr Vizekanzler! Die österreichische Bundesregierung hat ja seit Jahren große Anstrengungen unternommen, Explorationsprogramme unterstützt und auch gefördert.

Wie weit sind die eingeleiteten Untersuchungen des Bundesgebietes nach mineralischen Rohstoffen gediehen, und welche Ergebnisse lassen sich bisher daraus ableiten?

Präsident: Herr Abgeordneter, in Hinkunft, bitte, nur eine Frage. Herr Minister, bitte.

Vizekanzler Dr. Steger: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Grundsätzlich unterstützt die Bundesregierung alle Aktivitäten in diesem Bereich der Rohstoffsicherung und des Rohstoffabbaues mit öffentlichen Mitteln nach dem Risikoausmaß. Das heißt, wenn es möglich ist, daß das aus privatem Risikokapital finanziert wird, dann gibt es eine abgestufte Unterstützungsbereitschaft.

Im besonderen gibt es aber mit diesem Mitteleinsatz der öffentlichen Hand — es sind ja laufende Unterstützungen, die dazu bereits bezahlt werden — die Abgrenzung von Hoffnungsgebieten als Ergebnis von zwei neuen Möglichkeiten: der aeromagnetischen Vermessung und der geochemischen Untersuchung, die in diesem Ausmaß in Österreich früher nicht angewendet wurde — erst in den letzten Jahren wurde das auf diesem Niveau in Österreich weiterentwickelt —,

die Abgrenzung von Anomaliebereichen, die auf Vorhandensein von mineralischen Rohstoffen hinweisen, zum Beispiel Kupfer und Wolfram, und

die Anwendung von Hubschrauber-geophysik.

Die Vorteile dabei sind eine raschere und genauere Einengung der Hoffnungsgebiete sowie ein wesentlich kostengünstigeres Verfahren.

Ich bin sicher, daß diese Anwendungen mit die Ursache dafür sind, daß wir tatsächlich bereits einige neue Hoffnungen im Bergbaubereich haben.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Koppensteiner.

Abgeordneter Koppensteiner (ÖVP): Herr Vizekanzler! Einer der wesentlichen Rohstoffvorräte, und zwar Kohle, befindet sich im Lavanttal. Es wurden Prospektierungen durchgeführt, und man spricht von Vorräten von 120 Millionen Tonnen. Vorige Woche wurde eine Kohlerückgewinnungsanlage eröffnet, und Landeshauptmann Wagner hat gemeint, es könnte bereits im nächsten Jahr mit dem Abbau der Kohle begonnen werden. Voraussetzung dafür allerdings ist der Bau von Sankt Andrä III.

Herr Vizekanzler! Die konkrete Frage: Halten Sie die Aussage des Landeshauptmannes für richtig, daß bereits im nächsten Jahr mit dem Kohleabbau begonnen werden kann und Sankt Andrä III gebaut wird?

Präsident: Herr Minister.

Vizekanzler Dr. Steger: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Unter der Voraussetzung, daß tatsächlich im Mai 1984 das Ergebnis, das Endergebnis der Untersuchungen vorliegt — derzeit scheint sich abzuzeichnen, daß dies erreichbar ist —, wird man auf Grund dieses Endergebnisses dann kommerziell prüfen, ob der Abbau sinnvollerweise stattfindet. Es ist aber durchaus — nach den bisherigen Zahlen, die dem Ressort bekannt sind — gerechtfertigt, mit einem gewissen Optimismus daran zu glauben, daß es möglich erscheinen könnte, einen Abbau dort zu betreiben. Natürlich hängt das von den Weltmarktpreisen im Kohlebereich genauso ab wie von den Verbrauchsentwicklungen.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Grabher-Meyer.

Abgeordneter Grabher-Meyer (FPÖ): Sehr geehrter Herr Vizekanzler! Besonders zur Sicherung der Versorgung mit mineralischen Roh- und Grundstoffen in Krisenzeiten kommt der Bevorratung eine besondere Bedeutung zu.

Meine Frage deshalb in diesem Zusammenhang, Herr Vizekanzler: Wie weit sind die Bemühungen für eine entsprechende Versorgung mit mineralischen Roh- und Grundstoffen besonders in Krisenzeiten gediehen?

Präsident: Herr Minister.

Vizekanzler Dr. Steger: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es wurden Modelle für die

Vizekanzler Dr. Steger

Bevorratung von elf mineralischen Roh- und Grundstoffen entwickelt, die für die Versorgung als besonders kritisch angesehen werden. Die Untersuchungen wurden durch das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie mit Vertretern der Wirtschaft und der Wissenschaft gemeinsam durchgeführt.

Die Prüfung auf die wirtschaftlichen Auswirkungen erfolgt durch das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung. Diese Untersuchungen werden regelmäßig vorangetrieben.

Die Ergebnisse werden mit dem Ziel des stufenweisen Aufbaues einer Bevorratung zur Diskussion gestellt.

Derzeit bin ich optimistisch, daß wir gerade durch das Aufspüren neuer Lagerstätten in Österreich auch die wirksamste Art und Weise der Bevorratung haben, nämlich das Feststellen, was an Rohstoffen in unserer Heimat noch vorhanden ist, nicht um sie unbedingt sofort abzubauen, sondern zum Teil auch um feststellen zu können, was vorhanden ist, damit wir im Krisenfall, wenn wir nicht entsprechende Importe durchführen können, dann allenfalls auch an den Abbau dieser Rohstoffe denken können.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 2: Herr Abgeordneter Grabher-Meyer (FPÖ) an den Herrn Minister.

120/M

Welche Ergebnisse erbrachten Ihre bisherigen Auslandsreisen für die österreichische Wirtschaft?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Vizekanzler Dr. Steger: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die österreichische Bundesregierung hat bereits am Beginn ihrer Tätigkeit durch den Herrn Bundeskanzler bekanntgegeben, daß eine Exportoffensive gestartet wird, die im wesentlichen getragen wird durch die Reisen des Herrn Bundeskanzlers selbst, durch den Herrn Außenminister, durch mich als Handelsminister und durch den Herrn Staatssekretär Dr. Schmidt.

Wir haben uns für diese Reisen die Länder nach ganz bestimmten Absprachen aufgeteilt und haben dazu jeweils vorher mit der Bundeswirtschaftskammer Rücksprache gehalten, weil alle diese Reisen — vor allem dann, wenn man sie in so wenigen Tagen abwickelt, wie das etwa zuletzt bei mir mit der Indien-Reise der Fall war — sehr mühsam sind und

daher nur dorthin die Reisen erfolgen sollen, wo ein konkretes Wirtschaftsinteresse österreichischer Firmen vorhanden ist.

Natürlich ist es so, daß im Rahmen der Exportoffensive in erster Linie jene Länder betreut werden, die nicht ein vollliberalisiertes System haben, weil es eben bei diesen Ländern eine besondere Hilfsmöglichkeit durch die Regierung bei solchen Reisen gibt. Deswegen scheint sich auch auf den ersten Blick ein gewisses Übergewicht für jene Länder zu ergeben, die als Staatshandelsländer bezeichnet werden können.

Das hat begonnen mit der ČSSR, mit Ungarn, mit der UdSSR, mit China, mit Bulgarien und mit Indien. Wenn ich Indien mit aufzähle, dann durchaus im Wissen, daß das eine Demokratie ist, aber doch auch im Wissen, daß dort die Regierung sehr starken Einfluß auf die Auftragsvergabe nimmt.

Es wurden bei all diesen Reisen immer wieder konkrete Projekte besprochen. Ich bin aber nach wie vor der Auffassung, daß es nicht Aufgabe von mir als Minister ist, über diese konkreten Geschäftsabschlüsse zu sprechen. Auch dann nicht, wenn manchmal Falsches darüber in den Zeitungen steht, nämlich Behauptungen, daß nichts abgeschlossen wurde — oder nur Kleinigkeiten — oder daß Abschlüsse gefährdet worden sind. Mit der Zeit wird man in der Öffentlichkeit schon merken, daß bei all diesen Reisen auch konkrete Geschäftsabschlüsse von den Wirtschaftstreibenden unterschrieben worden sind.

Ich selbst habe jeweils dort, wo das gewünscht wurde, im Rahmen der gemischten Kommission ein Protokoll unterfertigt und habe in Einzelfällen auch noch andere Abkommen unterfertigt beziehungsweise mitveranlaßt.

Im Rahmen solcher Reisen wurden unter anderem in der Tschechoslowakei, in Ungarn, in der UdSSR und in Bulgarien Protokolle im Rahmen der gemischten Kommission unterfertigt.

In der Volksrepublik China wurde ein Abkommen über die Anerkennung von Zeugnissen über den Ursprung und die handwerkliche Herstellung von Waren zum Zwecke der zollfreien oder zollermäßigten Einfuhr nach Österreich unterfertigt.

Mit Ägypten wurde mittlerweile — vorbereitet durch den Herrn Staatssekretär Dr.

Vizekanzler Dr. Steger

Schmidt — ein Abkommen über die gegenseitige Förderung der Fremdenverkehrsbeziehungen unterschrieben.

Es gäbe noch eine Fülle von weiteren Ergebnissen, aber es würde sicher für die Fragestunde zu weit gehen, wenn ich sie alle im Detail aufzählte.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Grabher-Meyer: Sehr geehrter Herr Vizekanzler! Diese Exportoffensive, wie Sie sie bezeichnet haben, und Ihre damit verbundenen Auslandsreisen sind besonders bei der österreichischen Exportwirtschaft auf ein positives Echo gestoßen. Deshalb ist es für die österreichische Exportwirtschaft auch interessant, welche Reisen Sie in der nächsten Zeit in diesem Zusammenhang machen werden.

Meine Frage an Sie, sehr geehrter Herr Vizekanzler: Welche Reisen planen Sie in der nächsten Zukunft im Sinne dieser Exportoffensive?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Vizekanzler Dr. Steger: Im Sinne der Exportoffensive steht zunächst etwas in einem ganz anderen Bereich auf dem Programm. Ich möchte zur Europäischen Gemeinschaft nach Brüssel, weil ich meine, daß unser Handelspartner Nummer eins, nämlich die Europäische Gemeinschaft, auch speziell betreut werden muß.

Darüber hinausgehend wird derzeit an einem Jahresprogramm gearbeitet, bei dem — wieder im selben Stil wie vorher — die Absprache der Reisen erfolgt. Ich selber plane, ganz kurz im Rahmen der Fremdenverkehrsförderung zwei, drei Tage in New York zu sein, habe aber derzeit noch keinen Reiseplan fertig.

Präsident: Weitere Zusatzfrage.

Abgeordneter Grabher-Meyer: Bei diesen Auslandsreisen, aber nicht nur bei diesen Auslandsreisen, sehr geehrter Herr Vizekanzler, sondern auch bei Besuchen, die ausländische Regierungen in Österreich gemacht haben, wurden sicherlich auch bilaterale Verträge abgeschlossen.

Meine Frage deshalb: Welche bilateralen Verträge wurden seit Ihrem Amtsantritt geschlossen?

Präsident: Herr Minister, bitte.

Vizekanzler Dr. Steger: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich habe schon vorher erwähnt und darf das noch präzisieren, daß es im wesentlichen immer um Protokolle im Rahmen der gemischten Kommission geht. Nur ausnahmsweise werden Verträge über andere Materien unterschrieben.

In diesen Protokollen im Rahmen der gemischten Kommission geht es darum, den Export und die Warenbeziehungen natürlich in beide Richtungen weiterzuentwickeln, weil ja Handelsbeziehungen nie eine Einbahnstraße sein können.

Dabei haben wir erstmals auch erreichen können, daß bei vielen Staatshandelsländern auf die besonderen Möglichkeiten der kleinen und mittleren Betriebe Österreichs Bedacht genommen worden ist. Bisher gab es immer das Problem, daß die großen Wirtschaftseinheiten, die es in den Staatshandelsländern gibt, natürlich immer in erster Linie mit den großen österreichischen Firmen entsprechende konkrete Kontrakte unterfertigen wollten. Hier wurden zum Teil die Kontingente verändert, zum Teil einfach die Mechanismen neu besprochen, damit eben auch die Kleinen und Mittleren direkt in die Exportbeziehungen mit einbezogen werden können.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Jankowitsch.

Abgeordneter Dr. Jankowitsch (SPÖ): Herr Vizekanzler, Sie haben am Beginn Ihrer Anfragebeantwortung ein sehr wichtiges Wort ausgesprochen, nämlich das Wort „Liberalisierung“. Der Export im Rahmen der großen Exportoffensive, die Sie jetzt zusammen mit anderen Mitgliedern der Bundesregierung durchführen, setzt voraus, daß dahinter ein Konzept steht, und zwar eines, das eine maximale Entfaltung der Exportwirtschaft in der Weltwirtschaft ermöglicht.

Daher frage ich Sie, Herr Vizekanzler: Wie ist das außenhandelspolitische Konzept im weiteren Sinne, das Sie in dieser Offensive zu verwirklichen suchen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Vizekanzler Dr. Steger: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es gilt doch festzuhalten, daß es in den letzten Jahren deutliche Rezessionserscheinungen im Welthandel gegeben hat. Es gab etwa im Jahre 1982 einen abnehmenden Handelsbereich in den OECD-Staaten, also

Vizekanzler Dr. Steger

einen Rückgang. Deswegen hat die Bundesregierung erklärt, daß alles unternommen werden muß, der österreichischen Wirtschaft im Rahmen eines gigantischen Verdrängungswettbewerbes, der derzeit in den OECD-Staaten insgesamt stattfindet, nicht nur die Traditionsmärkte zu erhalten — Traditionsmärkte sind vor allem im westeuropäischen Bereich der Europäischen Gemeinschaft —, sondern darüber hinausgehend neue Märkte zu erschließen. Neue Hoffnungsmärkte: Da meine ich noch nicht primär die Staatshandelsländer des RGW-Bereiches, obwohl auch dort der Anteil durch spezielle Betreuung erhöht werden kann. Sie wissen ja, daß der RGW-Handel, also der Handel mit den Staaten, die man gemeiniglich als osteuropäische Staaten bezeichnet, prozentuell vergleichsweise gering ist zu dem, was wir in den westeuropäischen Staaten an Handel haben.

Darüber hinausgehend war es Grundlage dieser Exportpolitik, überhaupt neue Märkte verstärkt zu bearbeiten und Wirtschaftstreibende zu veranlassen, auf diese neuen Märkte auch verstärkt ihr Augenmerk zu verwenden. Eine Exportoffensive kann ja nur dann erfolgreich sein, wenn die Wirtschaftsbetriebe Österreichs dabei mitmachen wollen.

Bei diesen neuen Märkten sind es vor allem die weiter weg befindlichen Märkte. Wir wollten dabei ein Prinzip durchbrechen, das in Österreich schon sehr lange vorhanden ist und das immer mit dem sogenannten Weißwursthorizont umschrieben wird, nämlich daß österreichische Betriebe, vor allem eben die kleinen Betriebe, für die es ja sehr schwierig ist, in ferne Märkte zu exportieren, ihr Augenmerk auch dorthin richten und daß ihnen mit dem Instrumentarium dafür geholfen wird.

Als Ergebnis möchte ich doch festhalten: Nach der Prognose für 1983 war ein Rückgang des Exports um 2 Prozent österreichischerseits prognostiziert. Tatsächlich gilt es aber festzuhalten, daß nach den jetzt vorliegenden Zahlen der Export um 3 bis 4 Prozent im Jahre 1983 zunehmen wird. Das heißt, daß die österreichische Wirtschaft viel leistungsfähiger ist, als man das oft in der Öffentlichkeit annimmt, und das heißt für mich auch, daß es durchaus einen Grund gibt, Optimismus für Österreich zu haben. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Präsident: Weitere Frage: Frau Abgeordnete Tichy-Schreder.

Abgeordnete Ingrid Tichy-Schreder (ÖVP): Herr Vizekanzler! Sie haben vorhin erwähnt,

daß es für Klein- und Mittelbetriebe sehr schwierig ist zu exportieren. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß die Bundeswirtschaftskammer ja 89 Außenhandelsstellen hat und daß gerade diese Außenhandelsstellen auch für die Klein- und Mittelbetriebe im Export tätig sind und diese unterstützen.

Ich gebe zu, daß es wichtig ist, daß Regierungsmitglieder Reisen machen, um wirtschaftliche Entrees zu schaffen. Jedoch eines hat mir seinerzeit Herr Bundesminister Staribacher, Ihr Vorgänger, in einem Ausschuß gesagt: Ein Minister kann kein Geschäft abschließen, sondern die Geschäfte werden nur durch Unternehmungen und Firmen abgeschlossen.

Meine Frage an Sie, Herr Vizekanzler, ist: Sind Sie auch dieser Auffassung?

Präsident: Herr Bundesminister.

Vizekanzler Dr. Steger: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Selbstverständlich betrachte ich mich nicht als Handelsreisender oder als oberster Handelsreisender, der jetzt konkret als Provisionär im Ausland unterwegs ist. Ganz im Gegenteil. Ich betrachte mich als jenen, der im Rahmen solcher Delegationsreisen mithilft, daß interessierte österreichische Firmen die Türen in vielen Ländern geöffnet bekommen, wo sie damit automatisch um mindestens eine Gesprächsebene höher landen. Wer weiß, wie bürokratisch es in manchen Staatshandelsländern zugeht, der weiß auch, daß damit die Wahrscheinlichkeit, einen Abschluß dort tätigen zu können, für diese Wirtschaftstreibenden von vornherein um einige Stufen höher ist.

Ich bekenne mich aber durchaus dazu, daß es eine hervorragende Zusammenarbeit mit den Außenhandelsstellen gibt, eine Zusammenarbeit mit jenen Stellen, die aus den Erlösen, die in der Exportwirtschaft von österreichischen Firmen erreicht werden können, finanziert werden. Das ist eine Organisation, die von der Bundeswirtschaftskammer hervorragend betreut wird, und eine Organisation, die immer dafür gesorgt hat, daß der jeweilige Handelsminister auch gut vorbereitete Unterlagen aus der Sicht dieser Organisation bekommt. Ich meine eben, daß es gerade im Bereich der Exportwirtschaft gut wäre, wenn wir weggämen von dem, was nur in den ersten Monaten meiner Amtstätigkeit vorhanden war, nämlich von einem Parteien-Hickhack.

Die Exportwirtschaft Österreichs braucht

Vizekanzler Dr. Steger

nicht einen Roten, einen Blauen oder einen Schwarzen, der ihr beim Export hilft. Sie braucht das Bewußtsein, daß Gesamtösterreich auf die große Qualität der österreichischen Betriebe stolz ist. Sicher ist, daß es im Export Erfolge gibt, wenn man nur selbst daran glaubt, daß es gute Qualität in Österreich gibt, die hier produziert wird. Ich glaube daran und ich vertrete das im Ausland auch überall so sehr, daß ich schon einige bei diesen Auslandsdelegationsreisen mitreißen konnte. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Präsident: Weitere Frage: Abgeordneter Eigruber.

Abgeordneter **Eigruber** (FPÖ): Sehr geehrter Herr Bundesminister! Wir wissen sehr wohl von den sehr gut funktionierenden Außenhandelsstellen der Kammer wie auch von den betroffenen Exportfirmen, daß der Protektionismus im Welthandel stark überhandnimmt.

Welche Maßnahmen gedenken Sie als freihändlerischer Handelsminister, der sehr für die Liberalisierung im Handel eintritt, dagegenzusetzen?

Präsident: Herr Minister.

Vizekanzler Dr. **Steger:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die österreichische Bundesregierung versucht seit vielen Jahren im Bereiche des Außenhandels, ein liberales System überall dort zu erhalten, wo es vorhanden ist, und dort, wo es sich in Ansätzen ins Gegenteil entwickelt, das zu bekämpfen.

Der Protektionismus nimmt derzeit weltweit zu, und zwar auch in jenen Ländern, sehr geehrter Herr Abgeordneter, die gegen den Protektionismus reden. Ich könnte da einige in der Europäischen Gemeinschaft sofort aufzählen.

Ich glaube aber, daß man aus der Geschichte festhalten kann, daß Protektionismus sich immer ins Gegenteil verkehrt hat, nämlich letztendlich auf die Volkswirtschaften zurückgefallen ist, die derart protektionistisch agiert haben.

Wir in Österreich müssen aus mehreren Gründen alles unternehmen, ein liberales Export- und Importregime aufrechtzuerhalten. Einer der Gründe ist, daß wir auch im Warenverkehr sehr starke Exportnotwendigkeiten haben, um Arbeitsplätze in Österreich zu sichern. Ein anderer Grund ist, daß wir die Liberalisierung auch für den Fremdenver-

kehr dringend notwendig haben, denn sonst laufen wir Gefahr, daß die Grenzen für Touristen oder Devisen nicht offengehalten werden.

Der Hauptschwerpunkt des Kampfes gegen den Protektionismus sind die politischen Gespräche im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft, wo wir verhindern müssen, daß Österreich durch die Neuaufnahme von weiteren Ländern in die Europäische Gemeinschaft immer mehr isoliert wird, und wo wir erreichen müssen, daß die EFTA-Gespräche intensiviert werden.

Unsere Zielvorstellung wäre, daß es in absehbarer Zeit zu einem Gipfelgespräch zwischen EG und EFTA kommt, zu einem sogenannten Siebzehnergipfel, für den wir im internationalen Bereich stark eintreten, damit nicht eine Art Rest-EFTA einer gestärkten EG entgegensteht, sondern damit hier gemeinsam die europäischen Staaten den freien Handel erörtern und doch die Restriktionen bekämpfen, die von einigen Ländern in Europa bereits ausgegangen sind.

Wir sind bereits erfolgreich dabei vorangekommen. Es wird beim nächsten EFTA-Gipfel im Mai voraussichtlich auch der Herr Bundeskanzler selbst einiges darüber sagen. Wir hoffen, daß es dann in absehbarer Zeit auch zu einem Gipfel Europäische Gemeinschaft und EFTA kommen wird.

Präsident: Anfrage 3: Herr Abgeordneter Westreicher (*ÖVP*) an den Herrn Minister.

119/M

Welche negativen Auswirkungen hat das „Belastungspaket“ auf den österreichischen Fremdenverkehr?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Vizekanzler Dr. **Steger:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wir hatten ja gestern auch schon Gelegenheit, über einige wichtige Fremdenverkehrsmaßnahmen im Rahmen der Generalversammlung der Österreichischen Fremdenverkehrswerbung zu sprechen. Ich darf durchaus manches wiederholen, was ich auch dort schon gesagt habe, nämlich daß ich mir dessen bewußt bin, daß die österreichische Fremdenverkehrswirtschaft mit diesem Maßnahmenpaket auch einige Belastungen hinnehmen muß, wie das halt der Fall ist, wenn ein Budget stabilisiert werden soll, damit nicht etwa eine Entwicklung wie in den Benelux-Staaten eintritt, wo bereits Nettodefizite mit zweistelligem Aus-

Vizekanzler Dr. Steger

maß prozentuell im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt zur Tagesordnung gehört haben. Denn wenn ein Budget einmal in diese Richtung explodiert ist, dann ist es noch viel schwerer, einen Umkehrpunkt zu erreichen.

Dieses Budget stellt einen Umkehrpunkt dar, eine Herabsenkung des Prozentsatzes beim Nettodefizit im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt auf 5 Prozent. Es muß daher leider auch im Bereich der Fremdenverkehrswirtschaft ein gewisser Beitrag deswegen geleistet werden, weil die Opfer eben gleichmäßig auf die gesamte Bevölkerung verteilt werden müssen.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Westreicher: Herr Vizekanzler! Natürlich verstehen wir die Belastungen der Wirtschaft insgesamt. Aber was hier im Fremdenverkehr besonders zum Tragen kommt, das ist, daß erstmals die Mehrwertsteuer als Kostenbelastung in die Betriebe eingeht, und zwar auf Grund dessen, daß diese Steuer überraschend eingeführt worden ist, wohingegen die Fremdenverkehrswirtschaft langfristig zu disponieren hat und ihre Verträge über ein Jahr abzuschließen hat.

Herr Minister! Man hat gehört, daß Sie dieses Problem eigentlich erkannt haben. Sie haben Gespräche über die Aussetzung der Mehrwertsteuer mit dem Finanzminister geführt. Worüber und mit welchem Erfolg haben Sie mit dem Finanzminister gesprochen?

Präsident: Herr Minister.

Vizekanzler Dr. Steger: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich muß zunächst sagen, daß es nicht überraschend für die Fremdenverkehrswirtschaft gekommen ist. Zumindest ich habe schon im Wahlkampf erklärt, daß eine Mehrwertsteuererhöhung voraussichtlich notwendig werden wird, wenn man das Budget stabilisieren soll.

Es ist ja nicht so, daß man sich freut, daß man am Schluß eine Steuererhöhung durchgesetzt hat. Jeder würde lieber Steuergeschenke verteilen können, als am Schluß wirklich die gesamte Bevölkerung davon informieren zu müssen, daß es eben Steuererhöhungen gibt. Diese Maßnahme ist schmerzlich, aber notwendig.

Ich möchte aber nur sagen: Vor den Wahlen wurde dies schon zumindest von einer der jetzigen Regierungsparteien angekündigt. Ab

den Wahlen und den Verhandlungen zur Regierungsbildung war mit der Vereinbarung zwischen den beiden Parteien bereits klar, daß es im Bereich der Mehrwertsteuer zu einer Erhöhung kommen wird. Das war also, wenn man das jetzt zeitlich eingrenzt, ungefähr ab Juni 1983 klar.

Ich habe trotzdem die Meinung vertreten, daß man eine Lösung finden müsse, um es Betrieben, die vorher bereits, vor allem im Ausland, Pauschalvereinbarungen abgeschlossen haben, irgendwie zu ermöglichen, diese Mehrwertsteuererhöhung, die sie dann ja nicht mehr weitergeben können, rückvergütet zu bekommen, oder sie ihnen nicht zu verrechnen.

Bei meinem Gespräch mit dem Herrn Finanzminister wurde von Seiten des Finanzministeriums klargelegt, daß es nicht möglich sei, eine Ausnahme zu machen, weil dann sofort ein Präzedenzfall für viele andere Wirtschaftsbereiche gegeben sei. Als zum erstenmal in der Zeitung gestanden ist, daß es solche Gespräche gebe, kamen sofort einige andere Wirtschaftsbereiche und haben erklärt, auch für sie gebe es eben die Notwendigkeit einer Ausnahme. Damit hat es diese Möglichkeit eigentlich nicht mehr gegeben.

Wir überlegen derzeit eine besondere budgetäre Förderung im Bereich der Incoming-Förderung, also im Bereich des Prospektmaterials etwa, der Werbeaktionen von Wirtschaftsbetrieben, Fremdenverkehrsbetrieben, nicht gerade in englischer Sprache, weil das wahrscheinlich kostenmäßig schon leichter geht in englisch, denn da gibt es viele, die das drucken können, die das schaffen können, die das schreiben können, aber eben für andere Betriebe.

Wir wollen hier versuchen, Gespräche mit der Bundeswirtschaftskammer über eine Aufteilung des Betrages, der dann zur Verfügung gestellt würde, zu führen. Ich kann mir vorstellen, daß diese Incoming-Förderung anstelle des Bereiches, den ich zuerst erwähnt habe, eine Art Äquivalent für betroffene Betriebe ist, die sehr stark exportorientiert sind.

Präsident: Weitere Zusatzfrage.

Abgeordneter Westreicher: Herr Vizekanzler! Wenn Sie das als „Äquivalent“ ansehen wollen, dann muß ich Ihnen sagen, daß die Belastung rein aus der Mehrwertsteuer heraus im kommenden Jahr 1,6 Milliarden Schilling betragen wird, und ich frage Sie nun: Wie

Westreicher

hoch wird diese Förderung für das Incoming sein, und warum denken Sie daran, überhaupt die Handelskammer mit einzubeziehen? Denn ich glaube, das wäre ursprünglich Ihr eigenes Ressort im Handelsministerium, den Fremdenverkehr zu fördern.

Präsident: Herr Minister.

Vizekanzler Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter! Zunächst kann man derzeit überhaupt nicht ausrechnen, wie hoch jener Betrag ist, der im Fremdenverkehrsbereich in der Mehrwertsteuer zusätzlich als Belastung der Betriebe feststeht, denn das hängt ja von der Frage der Überwälzung ab. Man kann natürlich jetzt sehr pessimistische Schätzungen machen, man kann optimistische Schätzungen machen. Ich bin grundsätzlich in der Politik — das war auch in der letzten Zeit immer erforderlich — Optimist und glaube daher, daß es den österreichischen Betrieben weitgehend gelingen wird, das zu überwälzen. Aber natürlich kann es nicht in jeder Form überwältzt werden, vor allem eben nicht dort, wo Verträge schon vorher abgeschlossen worden sind.

Wenn ich die Meinung vertreten habe, daß die Bundeswirtschaftskammer mit dabei sein sollte bei einer Aktion der Förderung der besonderen Bemühungen von Betrieben um Werbung auf Auslandsmärkten, dann deswegen, weil ich gerade vorher auch der Frau Abgeordneten Tichy-Schreder bestätigt habe, daß sehr viel im Exportbereich durch die Bundeswirtschaftskammer gefördert wird, und zwar für Exportbetriebe.

Ich bin der Meinung, daß auch das eine Branche ist, die eben in irgendeiner Form vergleichbar ist mit der Exportwirtschaft. Sie wirbt im Ausland, holt Auslandsgäste herein und holt damit Erlöse nach Österreich. Daher würde ich meinen, daß dieser Bereich der Betriebe, der bisher überhaupt nicht gefördert wird, durchaus gemeinsam in diesen Exportbemühungen — im übertragenen Sinne „Exportbemühungen“ — gefördert werden sollte, wobei ich mir aber immer dessen bewußt war, daß der überwiegende Betrag aus dem Bereich des Budgets meines Ressorts kommen müßte. Aber ich könnte mir schon vorstellen, daß es eine Aufteilung dieser Kosten gibt.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Haigermoser.

Abgeordneter **Haigermoser** (FPÖ): Herr Minister! Für mich, aus einem Bundesland

kommend, nämlich aus Salzburg, in dem der Fremdenverkehr eine überproportional große Bedeutung hat, stellt sich unter anderem eine Frage.

Die bis dato vorliegenden Nächtigungszahlen beweisen ja, daß nicht zuletzt wegen der Feuerwehraction in Sachen Fremdenverkehrswerbung durch Ihr Ministerium ein relativ gutes Nächtigungsergebnis erzielt wurde. Im Sinne einer aktiven Fremdenverkehrspolitik findet nun im nächsten Jahr, wie Sie bereits angekündigt haben, ein gesamt-österreichischer Fremdenverkehrstag statt.

Ich frage Sie nun, Herr Vizekanzler: Werden Sie das bestehende Fremdenverkehrsförderungsprogramm im Hinblick auf eine weitere Verbesserung überarbeiten?

Präsident: Herr Minister.

Vizekanzler Dr. **Steger:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es ist sehr interessant, wenn man sich die Nächtigungszahlen und die Ankunftsahlen vom Jänner bis Oktober in Österreich anschaut. Da ist es nämlich so, daß wir insgesamt einen Rückgang bei den Nächtigungen — in allen Fremdenverkehrsbetrieben und in den Privatquartieren zusammen gerechnet — von 2,5 Prozent haben. Bei den Inländern ist es ein Rückgang von 0,6 Prozent, bei den Ausländern ein Rückgang von 3,0 Prozent.

Interessant ist aber diese Statistik erst dann, wenn man weiß, daß es bei der Zahl der Ankünfte nur einen Rückgang von 0,2 bis 0,3 Prozent gegeben hat, also fast ein Gleichbleiben jener Zahl an Ausländern, die nach Österreich kommen, aber offensichtlich ein kürzeres Dableiben. Es ist das der erste Grund, warum wir gewisse Schwierigkeiten im Fremdenverkehrsbereich haben — durchaus vergleichbar mit dem, was wir 1974/75 beim Ölschock hatten. Es sind offensichtlich Ausländer nicht so sehr bereit, ihre Ersparnisse für einen Urlaub auszugeben, wenn sie befürchten müssen, daß sie auf Grund der Wirtschaftssituation in ihrem Land vergleichsweise schlechter dann dastehen, wenn sie wieder zurückkommen aus dem Urlaub und keine Ersparnisse mehr anlegen können.

Ich möchte auch noch, ohne jetzt viele Zahlen zu nennen, folgendes sagen: Es ist auch auffallend, daß die Österreicher im Ausland in der gleichen Zeitspanne Devisen von 12,7 Prozent mehr ausgegeben haben als in der Vergangenheit, während die Ausländer bereits einen Devisenrückgang bei uns im

Vizekanzler Dr. Steger

Bereich des Fremdenverkehrs, verursacht haben, und daß sich der Überschuß für Österreich jetzt bei 36,1 Milliarden Schilling darstellt, was doch einen Rückgang zum vorherigen Überschuß bedeutet.

Daran merkt man, daß die jeweilige Wirtschaftsstimmung im Land offensichtlich auch eine Auswirkung darauf hat, wieweit Bereitschaft zum Urlaub vorhanden ist. Unser Traditionsmarkt Nummer eins ist eben die Bundesrepublik Deutschland, wo bei einer schlechten Wirtschaftsstimmung und Wirtschaftslage, bei einer Arbeitslosigkeit, die fast 10 Prozent betragen hat, natürlich ein geringeres Reservoir an Urlaubern für Österreich vorhanden war, sowie eine geringere Bereitschaft, Geld für Nächtigungen in Österreich auszugeben.

Das neue Fremdenverkehrskonzept, das jetzt erstellt wird, soll auf die neuen Gegebenheiten Rücksicht nehmen. Längerfristig ist nicht mehr zu erwarten, daß der Fremdenverkehr eine Wachstumsbranche so wie in der Vergangenheit ist. Das wichtigste Ziel ist es daher zu verhindern, daß ein zu starker Verdrängungswettbewerb in Österreich stattfindet, ein Verdrängungswettbewerb bei immer größeren Kapazitäten, immer größerem Angebot — mengenmäßig — und stagnierender oder kleiner werdender Nachfrage.

Es zieht also der erste Schwerpunkt des neuen Programms, das sich bereits in Ausarbeitung befindet, auf Qualitätsverbesserung und weg von der Kapazitätsvermehrung. Es ist bereits gelungen, in der ERP-Fachkommission Einigung darüber zu erzielen, daß Neubauten — die ja trotzdem in Österreich gebaut werden können; es ist ja jedem unbenommen, mit seinem Geld einen Neubau zu machen — mit öffentlichen Mitteln nur mehr in Ausnahmesituationen in jenen Regionen gefördert werden sollen, in denen nichts an Fremdenverkehrseinrichtungen vorhanden ist. Es soll mit öffentlichen Budgetmitteln nicht mehr bewirkt werden, daß die bestehende Fremdenverkehrswirtschaft und die bestehenden Privatquartiere zu Tode konkurrenziiert werden.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Weinberger.

Abgeordneter **Weinberger (SPÖ):** Sehr geehrter Herr Vizekanzler! Seit Bekanntwerden des Maßnahmenpaketes der Bundesregierung vom 19. September 1983 geht eine Verunsicherung quer durch Österreich. Man spricht immer von „Belastungspaketen“, wie

auch in dieser Anfrage wieder, von „Belastungswellen“. Es ist sicher richtig, daß wir alle zusammen keine Freude haben mit Maßnahmen, die da und dort Opfer von uns verlangen, aber man spricht praktisch überhaupt nie davon, welche Auswirkungen dieses Maßnahmenpaket auch im positiven Sinne bringt.

Ich möchte Sie daher, sehr geehrter Herr Vizekanzler, fragen: Welche konkreten Maßnahmen werden gerade im Bereich der Wirtschaft gesetzt, speziell im Bereiche der Fremdenverkehrswirtschaft?

Präsident: Herr Minister.

Vizekanzler Dr. **Steger:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es freut mich, daß gestern in der Generalversammlung der Österreichischen Fremdenverkehrswerbung eine Aufstockung der Mittel um zehn Prozent beschlossen wurde. Es war auch schon in Alleinregierungen gar nicht leicht, damit durchzukommen, es war das auch damals immer schwer bei den Ländern; bei der Bundeswirtschaftskammer nicht sosehr. Diese war immer bereit, von vornherein mitzugehen, aber vor allem bei den Ländern war es schwer, eine entsprechende Aufstockung der Mittel zu erreichen. Daß das gestern gelungen ist, ist sicher ein wichtiger Schritt, und zwar deswegen ein wichtiger Schritt, weil ich es für notwendig halte, daß Werbung antizyklisch erfolgt. Gerade dann, wenn es Schwierigkeiten gibt, muß auch verstärkt der Mitteleinsatz für die Fremdenverkehrswerbung vorhanden sein.

Ein weiterer wesentlicher Punkt ist die Aufstockung der Fremdenverkehrsfördermittel im Budget 1984 um 90 Millionen Schilling. Dadurch wird es erleichtert, neue Formen der Förderung zu diskutieren, etwa daß Prämien prozentuell erhöht werden können oder daß in der Laufzeit eine Veränderung passiert. Das alles wird derzeit ja schon von den Experten der Fremdenverkehrswirtschaft diskutiert.

Darüber hinausgehend — das soll man ja auch nicht unterschätzen — sind natürlich die Maßnahmen im Maßnahmenpaket zur Stärkung der Eigenkapitalbasis ein deutliches Signal auch für die Fremdenverkehrswirtschaft.

Die Streichung der Gewerbesteuer ist ein Signal dafür, daß eben eine Substanzbesteuerung beseitigt wird, auch wenn ich mir im klaren darüber bin, daß das bei den ganz Kleinen wenig wirksam ist.

Vizekanzler Dr. Steger

Die Erhöhung des Freibetrages bei der Gewerbebeertragsteuer, das ist aber sehr wohl etwas, was den Kleinen in erster Linie zugute kommt. Auch das wird die eigene Kraft dieser Betriebe ganz besonders stärken.

Die Reduktion der Vermögensteuer für Betriebsvermögen ist auch so eine neue Weichenstellung, bei der ich die Hoffnung habe, daß wir in den zukünftigen Jahren weitere Absenkungen durchführen können. Hier soll jener Unternehmer, der sein Kapital im Betrieb reinvestiert und drinnen läßt und dadurch die Substanz vergrößert, bei der Substanzbesteuerung eben entlastet werden. Ich glaube, das ist auch ein wesentlicher Erfolg.

Und das vierte: die steuerliche Verbesserung für den nichtentnommenen Gewinn. Auch das ist so ein Signal an den Unternehmer, daß er besonders begünstigt behandelt wird. Diese Steuerbefreiung wird von 15 auf 20 Prozent ansteigen.

Das sind keine Unsummen, die das sofort auslöst, für den Betroffenen aber ist es das Signal, daß diese Bundesregierung ganz genau weiß, daß die Fremdenverkehrswirtschaft und auch die sonstigen Kleinen und Mittleren es dringend erforderlich haben, daß ihre Substanz größer werden kann. Ich glaube, wir sind auf einem guten Weg dabei.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Landgraf.

Abgeordneter **Landgraf** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Vizekanzler! Es wird ja bei der Budgetdebatte Gelegenheit sein, auf die Ausführungen, die Sie jetzt hinsichtlich der Maßnahmen, die angeblich getroffen worden sind, gemacht haben, zu replizieren. Ich hätte aber eine andere Frage.

Herr Vizekanzler! Sie haben gestern bei der Generalversammlung der Österreichischen Fremdenverkehrswerbung ganz klar und offen gesagt, daß Sie sich der Schwierigkeiten der österreichischen Fremdenverkehrswirtschaft sehr bewußt sind und daß Sie sich bemühen werden, Rahmenbedingungen zu schaffen, die für die Fremdenverkehrswirtschaft auch auf sozialpolitischem Gebiet positiver sein werden. Ich erinnere mich dabei an eine Äußerung, die Sie in einem Fremdenverkehrsjournal hinsichtlich der Vorstellungen des Herrn Ministers Dallinger getan haben. Sie sprachen da von den katastrophalen Auswirkungen für den Fremdenverkehr.

Herr Minister! Ich darf Sie nun fragen, wel-

che konkreten Ideen beziehungsweise Maßnahmen Sie zur Verhinderung dieser für den Fremdenverkehr so schwierigen 35-Stunden-Woche gesetzt haben.

Präsident: Herr Minister.

Vizekanzler Dr. **Steger:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich bin grundsätzlich der Auffassung, daß man dieser Wirtschaftsbranche, die ja mit ungefähr elf Prozent ein besonderer Leistungsträger für Österreich ist — diesen Anteil am Bruttoinlandsprodukt hat der Fremdenverkehr, er steht ja an dritter Stelle von allen Branchen —, daß man dieser Branche vor allem im psychologischen Bereich wieder Hoffnung machen muß.

Ich habe in meinen gestrigen Ausführungen erklärt, daß es sicher jetzt viele Belastungen im Fremdenverkehrsbereich gibt, die zum Teil aus der Statistik noch gar nicht ablesbar sind. Etwa dadurch, daß wir die noch immer relativ guten Nächtigungszahlen im Verhältnis zu anderen Konkurrenzländern ja nur deswegen erlangt haben, weil manche Betriebe im letzten Jahr deutlich unterpreiselich angeboten haben, um zu erreichen, daß sie doch wieder eine Auslastung in ihrem Betrieb haben. Ich habe deswegen gemeint, daß das der schlechteste Zeitpunkt ist, dieser Branche weitere Belastungen aufzuerlegen oder auch nur sehr ernsthaft darüber zu diskutieren.

Ich bin sicher, daß im Rahmen der Erarbeitung des neuen Fremdenverkehrskonzeptes auch diese Rahmenbedingungen weiter diskutiert werden, und ich darf Ihnen jetzt schon versichern: Ich bin jedenfalls ein Verbündeter all jener Arbeiter, Angestellten und Selbständigen, die im Fremdenverkehrsbereich einen großen Beitrag für eine gesicherte Zukunft Österreichs leisten.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 4: Herr Abgeordneter Kuba (SPÖ) an den Herrn Minister.

123/M

Welche Maßnahmen Ihres Ressorts beabsichtigen Sie, um in Einklang mit der Regierungserklärung vom 31. Mai 1983 den Problemregionen Österreichs eine zusätzliche Förderung zu gewähren?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Vizekanzler Dr. **Steger:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Im Rahmen der Förderungsaktionen sind spezielle Schwerpunktbildungen

Vizekanzler Dr. Steger

für Problemregionen schon laufend gesetzt worden und sind einige derzeit in Vorbereitung für struktur- und entwicklungsschwache Gebiete.

Im Rahmen der Aktion nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz 1969 kann wirtschaftlichen Problemgebieten ein erhöhter Zinsenzuschuß gewährt werden, was laufend erfolgt.

Bei der Fremdenverkehrs-Förderungsaktion, die das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie gemeinsam mit den Bundesländern durchführt, kann für Problemgebiete der maximale Förderungszuschuß und die maximale Förderungslaufzeit gewährt werden.

Hinsichtlich der Fremdenverkehrsrunderkreditaktion kann in diesen Problemgebieten in begründeten Ausnahmefällen der Förderungszuschuß auch in einem höheren Ausmaß gewährt werden.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter **Kuba:** Herr Vizekanzler! Durch Maßnahmen des Bundes wurden in der letzten Zeit sehr große Verbesserungen auf dem Sektor der Infrastruktur in diesen Problemgebieten erreicht. Eine dieser Verbesserungen war sicherlich die Erschließung der Gebiete in verkehrsmäßiger Hinsicht.

Nun geht es nicht nur darum, den Transitfremdenverkehr oder den Fremdenverkehr aus fremden Ländern nach Österreich zu intensivieren, sondern es geht auch um den heimischen Fremdenverkehr. Und da sehen diese Problemregionen durch die Erschließung in verkehrsmäßiger Hinsicht eine große Chance.

Meine ergänzende Frage zu den bisherigen Ausführungen: Welche besonderen Maßnahmen beabsichtigen Sie noch, um zusätzliche Förderungsmaßnahmen für die Fremdenverkehrswirtschaft in diesem Bereich zu setzen?

Präsident: Herr Minister.

Vizekanzler Dr. **Steger:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich bin Ihrer Meinung, daß die verkehrsmäßige Erschließung für den gesamten Fremdenverkehr sehr bedeutsam ist. Man sieht ja auch, daß überall dort, wo es eine gute verkehrsmäßige Erschließung gegeben hat, mittlerweile ein Aufholen in der Fremdenverkehrsentwicklung vorhanden ist und daß es in Regionen, die nicht vergleichbar erschlossen

sind — etwa der Osttiroler Raum; mit öffentlichen Verkehrsmitteln ist er ja nicht vergleichbar erreichbar —, größere Schwierigkeiten gibt, vor allem dann, wenn Gegenwind für die gesamte Branche vorhanden ist.

Ich meine, daß es jetzt vor allem eine Zusatzprämienaktion zur Basisförderung geben sollte, die derzeit in Diskussion befindlich ist. Hier wollen wir erreichen, daß eine gewisse Innovation des touristischen Angebotes besonders gefördert wird, und hier haben wir die Hoffnung, daß auch das ein Beitrag dazu ist, viele Tausend Verbündete im Bereich der Fremdenverkehrswirtschaft zu finden, die selbst mit darüber nachdenken, wie die Qualitätsverbesserung vorangetrieben werden kann.

Darüber hinausgehend gibt es natürlich auch eine Fülle von Abkommen, die mit manchen Bundesländern für diese Problemgebiete bereits geschlossen wurden.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Löffler.

Abgeordneter Dkfm. **Löffler** (ÖVP): Herr Vizekanzler! Die Kaufkraft der Weinbauern und überhaupt die wirtschaftliche Situation der Weinwirtschaft ist im Problemgebiet Weinviertel von ganz entscheidender wirtschaftlicher Bedeutung.

Sie haben bei der Eröffnung der Retzer Weintage im Juni dieses Jahres erklärt, daß Sie sich persönlich verbürgen, daß die derzeitige schlechte Situation der Weinbauern verbessert wird.

Sie haben nunmehr als Abgeordneter und auch Ihre Fraktion hat mit den Sozialisten einen Entschließungsantrag des Herrn Abgeordneten Hietl vor kurzer Zeit abgelehnt, der Absatz- und Verwertungsmaßnahmen für Wein, Obst und Gemüse vorgesehen hätte.

Darf ich Sie nun fragen, Herr Vizekanzler: In welcher Form werden Sie die dort gegebene Bürgschaft einlösen?

Präsident: Herr Minister.

Vizekanzler Dr. **Steger:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich kann mich insofern jetzt verbürgen, als ich der Auffassung bin, daß die Regierung dafür sorgen wird, daß die Situation der benachteiligten Regionen auch bei den Bauern gebessert wird. Der Ausspruch, den Sie mir unterlegen, ist von mir so nie abgegeben worden, aber Sie können das ganz

Vizekanzler Dr. Steger

gerne hier... (*Abg. Dkfm. Löffler: Jawohl! — Abg. Vetter: Hundertprozentig!*) Herr Abgeordneter Vetter! Sie waren ja nicht dabei, aber ich war dabei! Dort, wo ich nicht anwesend bin, können Sie mir jeweils Aussprüche unterstellen, die ich nie gemacht habe. Sie können es auch in Ihren Zeitungen abdrucken. Hier sage ich Ihnen, was ich wirklich gesagt habe.

Ich habe dort den Bauern erklärt — Polemik ist an sich sonst nicht zulässig, aber wenn Sie polemisieren, muß ich das auch tun —, ich habe den Bauern in Retz erklärt, daß es mir unverständlich ist, daß sie alle immer noch ÖVP wählen, obwohl sie im Rahmen der Bauernbundpolitik in diesem Bereich ständig benachteiligt werden. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Für die Weinbauern wird es eine Besserung geben, wenn sie endlich merken, daß es durchaus andere Möglichkeiten im Bereich der Exportwirtschaft etwa gäbe, wenn man ein bißchen die erstarrten Strukturen aufbricht. Ich stehe jedenfalls gerne für den Exportbereich auch zu Gesprächen zur Verfügung und werde meine Erfahrungen, die ich jetzt schon im Bereich der Exportwirtschaft habe, auch den Weinbauern zugute kommen lassen.

Diese Bundesregierung hat übrigens einiges anderes auch schon für die Bauern getan, aber das fragen Sie, bitte, den Herrn Landwirtschaftsminister oder den Herrn Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Ortner.

Abgeordneter Mag. **Ortner** (FPÖ): Sehr geehrter Herr Bundesminister! Wir haben jetzt zur Kenntnis genommen, welche Sonderförderungsmaßnahmen für die österreichischen Problemregionen geplant sind und welche bereits durchgeführt werden. Ich habe nur hin und wieder das Gefühl, daß die Betroffenen selbst nicht in Kenntnis davon sind, auf welche Förderungen sie eigentlich Anspruch haben.

Deshalb meine Frage an Sie: Welche Informationsverbesserungen planen Sie auf diesem Gebiet?

Präsident: Herr Minister.

Vizekanzler Dr. **Steger:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Zunächst ist das Problem, daß die Förderungsmaßnahmen insgesamt ein

derartiges Ausmaß mit vielen Spezialregelungen angenommen haben, daß sich der einfache Staatsbürger oft gar nicht mehr zurechtfindet. Wenn er nicht einen professionellen Guide hat, der ihn durch diesen Förderungsdschungel führt, dann findet er sich nicht mehr zurecht.

Ich glaube daher, daß die Gespräche vorangetrieben werden müssen, die im Zuge der Effizienzprüfung der BÜRGES jetzt durch die Investkredit begonnen wurden, um insgesamt Vereinfachungen bei den Richtlinien zur Förderung zu erreichen. Das ist der erste Schritt dazu.

Der zweite Schritt ist, daß es verstärkte Bemühungen zur besseren Information gibt. Ich möchte dazu auch eine eigene Informationsstelle im Rahmen meines Ministeriums einrichten.

Präsident: Wir kommen zur nächsten Frage: Herr Abgeordneter Rechberger.

Abgeordneter **Rechberger** (SPÖ): Herr Vizekanzler! Ich habe folgende Frage an Sie: Welche Bundesländer sind bislang an Sie beziehungsweise an die Bundesregierung wegen des Abschlusses einer Problemregion-Sondervereinbarung herangetreten, und wie sieht das im speziellen im Land Steiermark aus?

Präsident: Herr Minister.

Vizekanzler Dr. **Steger:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! An der Tatsache, daß fast alle Bundesländer eine derartige Vereinbarung abschließen wollen, merkt man, daß die Landesregierungen durchaus anerkennen, daß es offensichtlich ein vielfältiges Förderungsinstrumentarium der Bundesregierung für die Länder gibt.

Bisher abgeschlossen wurden Verträge nach Artikel 15 a mit Niederösterreich und Kärnten; diese beiden Bundesländer haben also schon eine Vereinbarung.

Es sind derzeit Verträge im Verhandlungsstadium mit dem Burgenland, mit Tirol und mit der Steiermark. Mit der Steiermark — wenn ich das zum zweiten Teil Ihrer Frage gleich sagen darf — ist es ebenfalls ein Artikel 15 a-Vertrag, der derzeit im Verhandlungsstadium ist.

Mit Oberösterreich sind die Verhandlungen so gut wie abgeschlossen.

Für Salzburg, für den Oberpinzgau ist vom

Vizekanzler Dr. Steger

Ministerrat bereits die Genehmigung für einen derartigen Vertrag erteilt worden, und ich hoffe, daß er im Jänner unterschrieben werden kann. Ich höre allerdings, daß jetzt Salzburg, die Salzburger Landesregierung einen Zusatzwunsch äußert; es ist natürlich unangenehm, wenn ein Vertrag endverhandelt ist, unterschrittsreif ist, von der Regierung beschlossen ist und dann deswegen nicht unterschrieben werden kann, weil das Land vielleicht noch eine Ergänzung will. Ich hoffe, daß das Land Salzburg einsichtig ist und diesen Zusatzwunsch auf spätere Verhandlungen verschiebt, aber der bestehende, ausgehandelte Vertrag rasch unterschrieben werden kann. Der Herr Bundeskanzler ist dazu jedenfalls bereits bereit, wie ich aus einem Gespräch mit ihm weiß.

Bundesministerium für Justiz

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 5: Herr Abgeordneter Michael Graff (ÖVP) an den Herrn Bundesminister für Justiz.

135/M

Wer bekommt Vernehmungsprotokolle früher — die zuständige Staatsanwaltschaft oder Oberstaatsanwalt Dr. Müller?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Justiz Dr. Ofner: Herr Abgeordneter! Wenn eine Staatsanwaltschaft eine Sicherheitsbehörde um eine Vernehmung ersucht, so bekommt sie das Vernehmungsprotokoll in Urschrift in Entsprechung ihres Auftrages übermittelt.

Im Rahmen des Aufsichtsrechtes kann sich die Oberstaatsanwaltschaft in allen Strafsachen von der Staatsanwaltschaft berichten und alle Aktenstücke vorlegen lassen. Nach § 32 Abs. 2 Strafprozeßordnung steht dem Oberstaatsanwalt — ich zitiere — „die Aufsicht über alle in dessen Sprengel bei den Gerichtshöfen erster Instanz und bei den Bezirksgerichten bestellten Organe der Staatsanwaltschaft zu. Er ist berechtigt, sich an jeder zu deren Geschäftskreise gehörigen Strafsache persönlich oder durch einen Stellvertreter zu beteiligen.“ — Zitat Ende.

Gemäß § 34 Abs. 3 Strafprozeßordnung haben die Staatsanwälte und damit auch die Oberstaatsanwälte darauf zu sehen — das ist wieder ein Zitat aus dem Gesetz —, „daß alle zur Erforschung der Wahrheit dienlichen Mittel gehörig benützt werden. Sie sind befugt, jederzeit vom Stande der anhängigen Unter-

suchungen durch Einsicht in die Akten Kenntnis zu nehmen oder deren Mitteilung zu verlangen und die geeigneten Anträge zu stellen, ohne daß jedoch das Strafverfahren dadurch aufgehalten werden darf.“ — Zitat aus dem Gesetz Ende.

Es entspricht daher ständiger Übung, daß sich die Oberstaatsanwaltschaft Wien in wichtigen Strafsachen von den einzelnen Erhebungsergebnissen schon durch die Sicherheitsbehörde informieren läßt.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Graff: Herr Bundesminister! Sie haben im Parlament, und zwar nicht so nebenbei, sondern zu einem Thema, das kontroversiell war zwischen Ihnen, Frau Dr. Partik-Pablé, und mir, die Behauptung aufgestellt, daß die Absendung der Protokolle über die Einvernahme Rauchwarters am 7. Oktober, dem Tag der Fernsehdiskussion Ludwig — Grünzweig, gleichzeitig an die Staatsanwaltschaft Eisenstadt und an die Oberstaatsanwaltschaft erfolgte.

Es hat sich herausgestellt, daß dies nicht der Fall war. Sie haben also dem Parlament als Justizminister in einem wesentlichen Punkt die Unwahrheit gesagt. (*Rufe bei der SPÖ: Frage! — Rufe bei der ÖVP: Ruhe!*)

Herr Bundesminister! Ich halte Ihnen vor: Im Aktenvermerk der Wirtschaftspolizei vom 10. Oktober ... (*Neuerliche Rufe bei der SPÖ: Frage!*)

Präsident: Herr Abgeordneter! Sie haben eine Frage zu stellen, zur Grundfrage, bitte.

Abgeordneter Dr. Graff (*fortsetzend*): Ich zitiere aus dem Aktenvermerk, zu dem ich den Herrn Minister frage ... (*Neuerliche Rufe bei SPÖ und FPÖ: Frage!*): „Den an der Einvernahme beteiligten Beamten ...“

Präsident: Herr Abgeordneter! Ich ersuche Sie, die Frage zu stellen! Laut Geschäftsordnung haben Sie eine kurze Zusatzfrage zu stellen. — Bitte. (*Ruf bei der SPÖ: Die kennt er ja nicht, die Geschäftsordnung! — Abg. Peter: Als Jurist kennt er ja die Geschäftsordnung!*)

Abgeordneter Dr. Graff (*fortsetzend*): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Ich frage Sie: Trifft ... (*Unruhe und Zwischenrufe*) Herr Bundesminister! Ich frage Sie: Ist es richtig, wenn im Aktenvermerk der Wirtschaftspolizei vom 10. 10. 1983 der Wirt-

Dr. Graff

schaftspolizist Halas schreibt: „Den an der Einvernahme beteiligten Beamten“ (*Abg. Peter: Wieso haben Sie den Akt?*) „des Landesgendarmeriekommandos Burgenland wurde eine Kopie der Niederschrift zur Verwendung für den Akt des Landesgendarmeriekommandos“ (*Abg. Peter: Er zitiert aus dem Akt!*) „ausgehändigt, das Original blieb bei der Wirtschaftspolizei und wird am 10. 10. der Staatsanwaltschaft Eisenstadt zum Abschluß der restlich aufgetragenen Erhebungen ermittelt.“ — Stimmt das?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Ofner:** Herr Abgeordneter! Ich darf zunächst darauf hinweisen, daß haltlose Vorwürfe an andere, die Unwahrheit gesagt zu haben, auch dadurch nicht an Glaubwürdigkeit gewinnen, wenn sie täglich in Pressekonferenzen oder sonstwo wiederholt werden. Das wollte ich Ihnen sagen. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ. — Abg. Heinzinger: Antwort!*)

Und nun zur Beantwortung Ihrer Frage: Ich darf zunächst das Hohe Haus um Nachsicht dafür bitten, daß ich im Gegensatz zu meiner sonstigen Gewohnheit praktisch alles Niederschriften entnehmen muß und nicht frei sprechen kann, weil es sich ja um Nebenfronten handelt, um die es da ausnahmsweise entgegen den Übungen in der Fragestunde geht, um Nebenfronten, über die der Minister aus eigener Wahrnehmung nichts sagen kann. Er ist immer auf das angewiesen, was er berichtet kriegt. Daher kann ich nicht frei sprechen.

Und jetzt kommt die Antwort auf die lange Frage:

Die Urschriften der sicherheitsbehördlichen Vernehmungen des Dr. Rauchwarter vom 7. 10. und 10. 10. wurden der Staatsanwaltschaft Eisenstadt übermittelt, sie sind der Oberstaatsanwaltschaft Wien nicht zugegangen.

Ablichtungen der Urschrift der Vernehmung vom 7. 10. 1983 — um die geht es Ihnen — sind an die Oberstaatsanwaltschaft Wien und an die Staatsanwaltschaft Eisenstadt am 7. 10. 1983 zur Absendung gebracht worden. Das ist richtig, das habe ich immer gesagt und dabei bleibe ich auch, Herr Abgeordneter!

Zu dem in diesem Zusammenhang von Ihnen erhobenen Vorwurf, die Unwahrheit gesagt zu haben, verlese ich einen Auszug aus dem Amtsvermerk, den Oberst Hermann Grünwald, der Leiter der Erhebungsabteilung

des Landesgendarmeriekommandos für das Burgenland, am 7. 12. verfaßt hat, und der lautet:

„Vor Abfahrt von der Wirtschaftspolizei Wien um zirka 17 Uhr nach Eisenstadt wurde der Referent der Wirtschaftspolizei Dr. Halas um Überlassung einer Durchschrift der mit Dr. Ernst Rauchwarter aufgenommenen Niederschrift vom 7. 10. 1983 sowie der Referent Dr. Zwettler um Überlassung einer Durchschrift der mit Susi Riegler aufgenommenen Niederschrift ersucht, um Herrn Staatsanwalt Mag. Nussbaumer, Eisenstadt, auf dessen Wunsch über das Vernehmungsergebnis an Hand der Unterlagen berichten zu können. Die Erhebungspatrouille rückte um 18 Uhr in Eisenstadt ein.“ — So der Text Oberst Grünwalds.

„Im Hinblick auf den Einrückungszeitpunkt — keine Amtsstunden mehr bei der Staatsanwaltschaft Eisenstadt — erschien es nicht angebracht, die Staatsanwaltschaft Eisenstadt, Herrn Mag. Nussbaumer, noch am selben Tage vom Erhebungsergebnis zu informieren. Dies war für die Morgenstunden des 8. 10. wegen der voraussichtlich leichteren Erreichbarkeit vorgesehen.“ (*Abg. Steinbauer: Samstag!*) Samstag, sehr richtig! „In den Morgenstunden des 8. 10. 1983 rief mich Herr Staatsanwalt Mag. Nussbaumer an. Ich wollte ihm über das Ergebnis der Vernehmung des Dr. Ernst Rauchwarter vom 7. 10. 1983 berichten, erfuhr aber dabei, daß Herr Staatsanwalt Mag. Nussbaumer darüber bereits informiert war.“ Staatsanwalt Mag. Werner Nussbaumer berichtet hiezu am 7. 12. 1983 folgendes — wörtlich —: Der Berichtsverfasser hat Oberst Grünwald — also der Berichtsverfasser Nussbaumer —, wie von diesem festgehalten, den Auftrag erteilt, ihm über den Inhalt der Vernehmung des Dipl.-Ing. Dr. Ernst Rauchwarter zu berichten. Dies im Hinblick darauf, daß es sich um einen Fall des § 42 Staatsanwaltschaftliche Geschäftsordnung gehandelt hat. Diesem Ersuchen des Berichtsverfassers, an Hand der Unterlagen — das ist unter anderem das Protokoll — zu berichten, hat die Kriminalabteilung des Landesgendarmeriekommandos für das Burgenland, wie im Vermerk des Oberst Grünwald angeführt, wegen der fortgeschrittenen Zeit am 7. 10. 1983 nicht mehr entsprochen.

Eine spätere Berichterstattung im Gegenstand durch Organe der Kriminalabteilung hat sich erübrigt, weil der Staatsanwaltschaft Eisenstadt noch am 7. 10. 1983 anlässlich der Dienstbesprechung im Bundesministerium

Bundesminister Dr. Ofner

für Justiz Ablichtungen der erwähnten Niederschrift überlassen wurden. (*Abg. Steinbauer: Eine lange Antwort!*)

Ich wiederhole also, daß an ein und demselben Tag, nämlich am 7. 10., in zwei Richtungen Kopien abgegangen sind, in Richtung Oberstaatsanwaltschaft und in Richtung Staatsanwaltschaft Eisenstadt. Wie es tatsächlich zugegangen ist, habe ich aus den Unterlagen verlesen.

Und jetzt zum Vermerk Halas. Die Vorgangsweise ist immer in dieser Form von mir geschildert worden. Dr. Halas war sich offenbar bei der Abfassung seines Aktenvermerkes nicht voll im klaren, daß die Staatsanwaltschaft Eisenstadt von den Erhebungsergebnissen ebenso wie die Oberstaatsanwaltschaft Wien unverzüglich unterrichtet werden sollte. Auf der subjektiv unrichtigen Einschätzung unbestreitbarer Vorgänge durch Dr. Halas baut offensichtlich Ihr unzutreffender Vorwurf, Herr Abgeordneter, auf. (*Abg. Dr. Veselsky, zu Abg. Dr. Graff: Wieso können Sie mitlesen?*)

Präsident: Eine weitere Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Graff: Ich nehme zur Kenntnis, daß Sie sich, Herr Minister, von dem Aktenvermerk des Wirtschaftspolizisten Halas distanzieren, der Sie nämlich Lügen straft mit Ihrer Behauptung im Nationalrat am 1. Dezember 1983, das für die Gendarmerie bestimmte Protokoll sei für den Staatsanwalt bestimmt gewesen. (*Abg. Dr. Gradenegger: Wieso wissen Sie das? Wo haben Sie das her?*)

Zur nächsten Frage: Der Tag der Fernsehdiskussion Grünzweig — Ludwig war der 6. Oktober. Müller-Mitarbeiter Wasserbauer hat für diese Einvernahme Rauchwarter besonderen Vorrang verlangt. Am Vormittag des Diskussionstages wird Rauchwarter einvernommen. Um 13.30 Uhr kommt das Protokoll...

Präsident: Herr Abgeordneter! Lesen Sie demnächst den § 94! Sie haben eine kurze Frage zu stellen. Bitte. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Das ist unobjektiv, Herr Präsident!*)

Abgeordneter Dr. Graff (*fortsetzend*): Herr Präsident! Die kurze Antwortspflicht für die Minister steht auch in der Geschäftsordnung. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Um 13.30 Uhr war das Protokoll der Oberstaatsanwaltschaft dort, und schon am Nach-

mittag hat im Ministerium die Dienstbesprechung stattgefunden. Herr Bundesminister! Sie sprechen davon, daß man einen Landeshauptmann...

Präsident: Herr Abgeordneter! Sie haben eine Frage zu stellen! (*Abg. Marsch: Sie mißbrauchen das Parlament in unerhörter Weise! — Weitere Zwischenrufe bei SPÖ und FPÖ. — Gegenrufe bei der ÖVP.*)

Abgeordneter Dr. Graff (*fortsetzend*): Herr Bundesminister! Ich frage Sie: Betrachten Sie den mafiosen Vorgang vom 6. Oktober als ein normales Verfahren, wie es für Landeshauptmann wie für Hendlieb am Platz ist? (*Abg. Marsch: Unerhört, wie Sie sich benehmen! Schämen Sie sich! — Abg. Hietl: Ausgerechnet der Marsch! Geh, bitte!*)

Präsident: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Dr. Ofner: Zur Sache selbst möchte ich sagen, daß Sie offenbar einem Irrtum unterliegen. Am 6. 10. hat keinerlei Sitzung stattgefunden. (*Abg. Dr. Graff: Am 7. 10!*) Sie haben gesagt: am 6. 10.

Auf die Vorwürfe, die unter dem Schutz der Immunität gegen Nichtimmune erhoben werden, möchte ich nicht näher eingehen.

Präsident: Ich erteile dem Abgeordneten Michael Graff für das Wort „mafiosen“ einen *Ordnungsruf*.

Nächste Frage: Abgeordneter Kabas.

Abgeordneter Mag. Kabas (FPÖ): Sehr geehrter Herr Bundesminister! Da nunmehr die unwahren Behauptungen der ÖVP, der Herr Generalsekretär Graff würde sagen, ... (*Heftige Zwischenrufe bei der ÖVP: Frage! — Abg. Dr. Gradenegger: Wie in einem Tollhaus! — Abg. Graf: Sie haben es notwendig, von einem Tollhaus zu reden! — Abg. Dr. Gradenegger: Schämen Sie sich! — Abg. Graf: Sie parlamentarischer Rohrkrepierer! Wenn der Abgeordnete Gradenegger das Parlament als „Tollhaus“ bezeichnet, ist er der erste Anwärter für die Einwohner-schaft! Ein Hofrat!*)

Präsident (*das Glockenzeichen gebend*): Meine Herren! Wir haben heute noch eine lange Sitzung! Vielleicht können Sie sich wieder beruhigen. Die Fragen, bitte, kurz zu stellen. Bitte.

Abgeordneter Mag. Kabas (*fortsetzend*): Sehr geehrter Herr Bundesminister! Da nun-

Mag. Kabas

mehr auf Grund Ihrer Beantwortung sich die unwahren Behauptungen des Herrn Generalsekretärs Graff und der ÖVP als haltlos herausgestellt haben, die ja nur ein Ausweichmanöver und eine Verschleierung zum Ludwig-Skandal darstellen, frage ich Sie daher, Herr Bundesminister:

Welche Bedeutung hat das Protokoll über die Vernehmung des ehemaligen ÖVP-Landtagsabgeordneten Dr. Rauchwarter vom 7. 10. 1983 für den Beschluß des unabhängigen Richters auf Einleitung der Voruntersuchung gegen Landeshauptmann Ludwig?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Ofner:** Sehr verehrter Herr Abgeordneter! Es steht mir nicht zu, die Überlegungen eines unabhängigen Richters in meine Antwort und in die Überlegungen, die zu dieser Antwort führen, einzubeziehen.

Aber wie ich die Dinge als Jurist beurteile, ist dieses Protokoll, das mit dem ehemaligen ÖVP-Abgeordneten Rauchwarter aufgenommen wurde, für die Antragstellung der Staatsanwaltschaft gegen Landeshauptmann Ludwig und auch für die Entscheidung des Untersuchungsrichters für sich allein überhaupt nicht relevant gewesen.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Rieder.

Abgeordneter Dr. **Rieder** (SPÖ): Herr Minister! Darf ich an diese Frage anknüpfen und Sie fragen:

In welchem Verhältnis steht die hier so zelebrierte eher bürotechnische Frage nach dem Zeitpunkt und den Begleitumständen der Protokollsübermittlung zu dem Inhalt der Aussage des ehemaligen ÖVP-Landtagsabgeordneten Dr. Rauchwarter, insbesondere in der in der letzten Woche stattgefundenen Hauptverhandlung, wo er doch den Landeshauptmann Ludwig massiv belastend gesagt hat, er selbst hätte in bar eine Millionenpende von 1,5 Millionen Schilling für einen Ludwig-Wahlkampfonds der ÖVP-Niederösterreich dem ehemaligen Landesparteisekretär Zimper übermittelt?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Ofner:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich bitte wieder um Verständnis, wie schon beim Herrn Abgeordneten Kabas, daß ich es mir nicht herausnehmen kann und auch nicht herausnehmen

möchte, diese Überlegungen unabhängiger Richter, die ja allein in diesen Dingen weiter zu entscheiden haben werden, wenn man vom Landtag von Niederösterreich absieht, in meine Antwort mit einzubeziehen.

Aber an und für sich hat das eine mit dem anderen überhaupt nichts zu tun. Der Umstand, daß ein Gendarmeriebeamter über Ersuchen des Staatsanwaltes eine Protokollskopie für den Staatsanwalt mit nach Eisenstadt genommen hat, und ob dieser Umstand dem Polizeibeamten in Wien bewußt und bekannt gewesen ist oder nicht, hat mit dem Vorwurf, den Rauchwarter gegen Ludwig erhoben hat, nach meinem Dafürhalten überhaupt nichts zu tun.

Präsident: Die nächste Frage: Abgeordneter Steinbauer.

Abgeordneter **Steinbauer** (ÖVP): Herr Bundesminister! Sie müssen verstehen, daß wir Ihre Argumentation sehr genau untersuchen, da Sie ja selbst seit zwei Jahren mit einer unbewiesenen Verleumdung in der Öffentlichkeit dastehen.

Daher die Frage: Wieso hat dann die Oberstaatsanwalt Wien, nämlich Dr. Wasserbauer, um 13,30 Uhr das Protokoll schon bekommen, während Eisenstadt es erst um 19 Uhr bekam?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Ofner:** Herr Abgeordneter! Ich darf wieder ein bisschen korrigierend eingreifen. Es war wieder nicht 19 Uhr, sondern 18 Uhr.

Ich darf ein bisschen erläuternd auch hinsichtlich Ihres Vorwurfes, den Sie erhoben haben, wirken. Ich bin mit der Wiedergabe einer an mich herangetragenen Information, daß es eine Bestätigung über 2 Millionen aus dem Bereich der ÖVP-Niederösterreich gebe, lange allein gestanden. Mittlerweile befinde ich mich in ausgezeichnete Gesellschaft (*Zwischenruf bei der ÖVP: Rauchwarter!*) — nein, nein —, nämlich in der des Schöffensenates des Landesgerichtes Eisenstadt. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Denn das Schöffengericht hat in seinem Urteil im WBO-Prozeß als erwiesen angenommen, daß 3 914 000 S als Parteispende von der WBO in Richtung ÖVP-Niederösterreich geflossen sind. (*Zustimmung bei FPÖ und SPÖ.*) Ich liege also, Herr Abgeordneter, mit den 2 Millionen nur zirka halb so hoch, wie es

Bundesminister Dr. Ofner

der Schöffensenat als erwiesen angenommen hat.

Aber nun zur Sache selbst. Die Vernehmung... (Abg. Dr. Graff: Wo ist der Beleg?)

Das Geld ist da, Herr Abgeordneter Graff, das Geld ist da. Und Ihre Kollegen haben sich nicht durch das Problem des Belegs beschwert erachtet. Sie haben gesagt, hinter der Behauptung des Belegs, der ja an und für sich wertneutral ist, steht der Vorwurf... (Zwischenruf.) Da sitzen ja ein paar Kläger, Herr Kollege Bergmann, fragen Sie die Kollegen, die da sitzen! Hinter diesem Beleg steckt der Vorwurf, die ÖVP-Niederösterreich habe unerlaubt Gelder aus Richtung WBO erhalten. Das ist ein unerhörter Vorwurf, und gegen den müssen sich die 23 Vorstandsmitglieder der ÖVP-Niederösterreich zur Wehr setzen.

Mittlerweile hat ein Gericht festgestellt, in erster Instanz, aber festgestellt, daß 4 Millionen und nicht 2 Millionen geflossen sind. Und nur durch den Geldfluß haben sich die Leute der ÖVP beschwert erachtet, ist in der Klage nachzulesen, Herr Kollege.

Aber jetzt noch einmal zur Protokollfrage. Am 7. wird vernommen. Die eine Kopie wird in Richtung Oberstaatsanwaltschaft geschickt, einige hundert Meter weit. (Abg. Dr. Graff: Bei der Dienstbesprechung haben es die Herren gekriegt!) Die zweite nehmen über Ersuchen des zuständigen Staatsanwalts Nussbaumer in Eisenstadt die Erhebungsbeamten um 17 Uhr mit, sind um 18 Uhr unten, können es um 18 Uhr nicht mehr überreichen, wollen es am nächsten Tag in der Früh tun. Und da sagt der Nussbaumer dem Grünwald: Wir haben es schon!

Und wenn Sie den Beamten wieder Unwahrheit unterstellen — denn das ist kein Bereich, den der Minister beurteilen kann, das ist ein Bereich, bei dem man auf Information der Beamten angewiesen ist —, dann darf ich wieder darauf hinweisen, daß es keine Kunst ist, aus dem Schutz der Immunität heraus Beamte, die sich nicht wehren können, zu beschuldigen und zu beleidigen und zu verdächtigen. (Beifall bei FPÖ und SPÖ. — Abg. Dr. Mock: Sie sagen die Unwahrheit! — Abg. Dr. Graff: Der Nussbaumer war um 18 Uhr bei Ihnen im Ministerium!)

Präsident: Die Fragestunde ist beendet.

Die jetzt nicht mehr zum Aufruf gelangten Anfragen werde ich am Beginn der nächsten Fragestunde zum Aufruf bringen.

Einlauf und Zuweisungen

Präsident: Ich gebe bekannt, daß die Anfragebeantwortung 256/AB eingelangt ist.

Die in der letzten Sitzung eingebrachten Anträge weise ich zu wie folgt:

Dem Verkehrsausschuß:

Antrag 73/A der Abgeordneten Dipl.-Ing. Maria Elisabeth Möst und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem die Straßenverkehrsordnung 1960 geändert wird (11. Straßenverkehrsordnungs-Novelle);

dem Handelsausschuß:

Antrag 74/A der Abgeordneten Grabher-Meyer, Dr. Heindl und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Patentgesetz und das Markenschutzgesetz abgeändert werden.

Fristsetzungsantrag

Präsident: Ich teile mit, daß die Abgeordneten Mag. Kabas, Dr. Paulitsch und Dr. Gradišchnik beantragt haben, dem Justizausschuß zur Berichterstattung betreffend das Bundesgesetz über die Sozialgerichtsbarkeit (Sozialgerichtsgesetz) (7 der Beilagen) gemäß § 43 der Geschäftsordnung eine Frist bis 1. Oktober 1984 zu setzen.

Dieser Antrag ist gemäß der Geschäftsordnung nach Beendigung der Verhandlungen in der heutigen Sitzung zur Abstimmung zu bringen.

Wir kommen daher sogleich zur Abstimmung über diesen Antrag.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Präsident

Ich gebe bekannt, daß in dieser Sitzung die Anfrage 368/J eingelangt ist.

Die nächste Sitzung des Nationalrates berufe ich für heute, Mittwoch, den 14. Dezember 1983, um 10.26 Uhr ein.

Die Tagesordnung ist der im Saal verteilten schriftlichen Mitteilung zu entnehmen.

Diese Sitzung wird mit einer Fragestunde eingeleitet.

Die jetzige Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 10 Uhr 24 Minuten